

Niederschrift

| Gremium | Sitzung - VW/004/04 | | | |
|----------------------|----------------------------|----------------------------------|----------|----------|
| | Wochentag, Datum | Ort | Beginn | Ende |
| Verwaltungsausschuss | Freitag, 14.05.2004 | Neues Rathaus Konferenzraum I | 15:00Uhr | 17:00Uhr |

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 19. 03. 2004
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Einführung eines operativen Beteiligungscontrollings für die Eigengesellschaften und Gesellschaften mit städtischer Beteiligung
Vorlage: DS0024/04
BE: Bürgermeister
- 5 Anträge
 - 5.1 Uni- und Hochschulstandort Magdeburg
Vorlage: A0037/04
dazu Stellungnahme der Verwaltung S0117/04
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
 - 5.1.1 Uni- und Hochschulstandort Magdeburg
Vorlage: S0117/04

- 5.2 Unterstützung einer Image-Kampagne für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0021/04
dazu Stellungnahme der Verwaltung S0090/04
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 5.2.1 Unterstützung einer Image-Kampagne für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0090/04
- 5.3 Änderung der Ausschussstruktur - Neufassung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0041/04
Mit Änderungsantrag (A0041/04/1) Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
mit Änderungsantrag (A0041/04/1/1) StBV
und Änderungsantrag (A0041/04/1/1/1) Umw
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Der Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

CDU

Stadtrat Jürgen Gödecke

Stadträtin Anne-Marie Keding

SPD

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Martin Kramer

Stadtrat Rainer Löhr

Stadträtin Dagmar Paasch

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Gerhard Unger

Stadtrat Claus-Dieter Wachowski

Stadtrat Alfred Westphal

Stadtrat Frithjof Berfelde

Stadträtin Regina Frömert

Stadträtin Dagmar Huhn

Stadtrat Hubert Salzborn

Stadtrat Wigbert Schwenke

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 19. 03. 2004

Die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 19. 03. 2004 wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses **bestätigt**.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Einführung eines operativen Beteiligungscontrollings für die Eigengesellschaften und Gesellschaften mit städtischer Beteiligung Vorlage: DS0024/04

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Bürgermeister Herr Czogalla und der Mitarbeiter der Beteiligungsverwaltung Herr Koch teil.

In seinen einführenden Erläuterungen legt der Bürgermeister dar, dass im Ergebnis der Erörterung der Frage, inwieweit die Beteiligungen der Stadt für den Stadtrat transparenter gestaltet werden kann, Möglichkeiten gesucht wurden, die Beteiligungen in ein entsprechendes Analysesystem einzubeziehen. Um diese Transparenz zu sichern, soll in der Stadt ein Beteiligungscontrolling eingeführt werden.

In seinen weiteren Ausführungen verweist der Bürgermeister darauf, dass die Vorlage der erforderlichen Kennziffern keine Mehrbelastung für die Gesellschaften darstellt, da die Kennziffern für eine quartalsweise Auswertung zur Verfügung stehen. Die Einführung des Beteiligungscontrollings wird sich zunächst, da die Kapazitäten der Beteiligungsverwaltung derzeit begrenzt sind, auf die wichtigsten Gesellschaften konzentrieren und, wie in der Drucksache dargestellt, in zwei Phasen ablaufen. Zu diesem Verfahren liegt die Zustimmung der Gesellschaften vor und die Rechte der Organe sind davon nicht tangiert.

Mit der Einführung des Beteiligungscontrollings ist eine Möglichkeit gegeben, den Stadtrat über die Entwicklung der Gesellschaften zu informieren und darzustellen, in welchen Gesellschaften sich Schwierigkeiten ergeben könnten und wo reagiert werden muss.

Inbesondere verweist er darauf, dass das Beteiligungscontrolling kein übergeordnetes Kontrollorgan darstellt, da dies Aufgabe des Aufsichtsrates, der Gesellschafterversammlung und der Geschäftsführung ist.

In Ergänzung der Ausführungen des Bürgermeisters gibt Herr Koch Erläuterungen zum vorgesehenen Analyseverfahren zur Auswertung der von den Gesellschaften vorgelegten Kennziffern.

In der sich anschließenden Diskussion äußert Stadtrat Schindehüte, CDU-Fraktion, seine Bedenken hinsichtlich der Aussagen der prozentualen Analyse der Gesellschaftsergebnisse unter dem Aspekt der Gewichtung der einzelnen Gesellschaften.

Hierzu verweist Herr Koch darauf, dass bei sich abzeichnenden Abweichungen entsprechende Erläuterungen vorgenommen werden.

Stadtrat Westphal, Grüne/future, befürchtet einen erhöhten Aufwand der Gesellschaften und hinterfragt die Möglichkeit der Nutzung des Informationsmaterials, welches für die Aufsichtsratssitzungen zur Verfügung steht. Er empfiehlt, den Aufwand für die Gesellschaften durch geeignete Maßnahmen zu minimieren.

Seitens des Oberbürgermeisters wird auf die Äußerungen der Gesellschaften verwiesen, dass hierzu kein zusätzlicher Aufwand entsteht, da die erforderlichen Kennziffern für eine interne Auswertung zur Verfügung stehen und der vorliegende Verwaltungsvorschlag das Ergebnis eines diesbezüglichen Stadtratsbeschlusses ist..

Zur Nachfrage von Stadträtin Keding, CDU-Fraktion, das Beteiligungscontrolling auch auf die Eigenbetriebe der Stadt auszuweiten führt der Bürgermeister aus, dass zur Zeit nicht vorgesehen ist diese Ausweitung vorzunehmen, die Eigenbetriebe hierbei jedoch durch die Stadt entsprechend begleitet werden.

Zur Anregung von Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, einen entsprechenden Kennziffernvergleich auch mit städtischen Gesellschaften in anderen Städten vorzunehmen, legt der Bürgermeister dar, dass dies seitens der Stadt nicht vorgesehen ist, da es sich hierbei mehr um eine Aufgabe für die Aufsichtsratsstätigkeit handelt.

Stadtrat Unger, SPD-Fraktion, spricht sich für die Einführung des Beteiligungscontrollings aus und verweist unter Bezugnahme auf die Anregung von Stadtrat Stern, dass entsprechende Daten aus dem Internet abgerufen werden könnten.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, sieht in der Einführung des Beteiligungscontrollings eine ausgezeichnete Herangehensweise zur besseren Darstellung der Situation der städtischen Gesellschaften und regt an auch zu analysieren, inwieweit die Gesellschaften die Aufgabe erfüllen, zu deren Zweck sie gegründet wurden.

Der Verwaltungsausschuss **empfiehlt** mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung dem Stadtrat, die DS0024/04 in seiner Sitzung am 10. 06. 2004 zu beschließen.

5. Anträge

5.1. Uni- und Hochschulstandort Magdeburg Vorlage: A0037/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch teil.

Stadtrat Westphal, Grüne/future, bringt seine Verwunderung zum Ausdruck, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht durch das Wirtschaftsdezernat erarbeitet wurde und erläutert, dass Hintergrund des vorliegenden Antrages u.a. auch wirtschaftliche Aspekte des Standortes Magdeburg mit Universität und Hochschule Magdeburg/Stendal seien.

Stadtrat Berfelde, PDS-Fraktion, stimmt zu, dass der Universität eine herausragende wirtschaftliche Bedeutung in Magdeburg zukommt. Da im Antrag jedoch nicht ausdrücklich der *Wirtschaftsstandort* genannt wurde sieht er die vorgelegte Stellungnahme der Verwaltung als ausreichend an.

Stadträtin Paasch, SPD-Fraktion, verweist darauf, dass dieser Antrag ebenfalls im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung beraten wird. Um dem Anliegen der Fraktion Grüne/future Rechnung zu tragen regt sie an, dass seitens des Wirtschaftsbeigeordneten hierzu entsprechende Ausführungen im Ausschuss gegeben werden. Dies könnte in Form einer ergänzenden Stellungnahme erfolgen.

Stadtrat Westphal, Grüne/future, nimmt insbesondere Bezug auf die Absätze 3 und 4 des Antrages und gibt hierzu ergänzende Erläuterungen. Hinsichtlich des Hinweises des Oberbürgermeisters, dass er die Beschlussfassung zu der im Antrag aufgeführten Bereitstellung finanzieller Mittel in Höhe von 5 Mio € als entscheidenden Punkt ansieht, legt Stadtrat Westphal dar, dass dieser Punkt des Antrages auch eigenständig behandelt werden kann. Erläuternd führt er dazu aus, dass hierzu Überlegungen für eine Unterstützung seitens der Stadt erforderlich sind.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass alle weiteren Entscheidungen zur Hochschullandschaft durch das Land zu treffen sind. Seitens der Stadt wurde im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles Notwendige hierzu getan.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, sieht in diesem des Antrag das Bekenntnis der Fraktion Grüne/future zum Erhalt des Wissenschaftsstandortes Magdeburg, hält aber die im Antrag formulierten wirtschaftlichen Vorschläge für bedenklich. Er verweist auf den bestehenden Rahmenvertrag und regt an, diesen dahingehend zu qualifizieren, welche konkreten Maßnahmen seitens der Universität in Zusammenarbeit mit der Stadt Magdeburg mittelfristig geplant werden und wie hierbei eine entsprechende Unterstützung gegeben werden kann.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, sieht den Antrag mit der vorgelegten Stellungnahme der Verwaltung ebenfalls als ausreichend beantwortet an.

Hinweis: Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, verlässt um 15.50 Uhr die Sitzung.

Abschließend wird durch Stadtrat Westphal, Grüne/future, dargelegt, dass die Kernfrage des Antrages sei, Universität und Hochschule Magdeburg/Standal als entscheidenden Wirtschaftsfaktor in der Region zu erhalten und weiterzuentwickeln sowie dafür Sorge zu tragen, dass sich die Anzahl der in der Region Studierenden nicht weiter verringert.

Zusammenfassend stellt der Oberbürgermeister fest, dass die Absätze 1 und 2 des Antrages mit der vorgelegten Stellungnahme der Verwaltung beantwortet wurden. Eine Umsetzung des Absatzes 3 sei rechtlich nicht möglich, hierzu wird jedoch eine entsprechende Prüfung durch ihn veranlasst.

Bezüglich der Nachfrage der Stadträtin Keding, CDU-Fraktion, zu den Synergieeffekten städtisches Klinikum/Universitätsklinik verweist der Oberbürgermeister auf eine Reihe konkreter Projekte, stellt aber gleichzeitig klar, dass daraus keine wesentlichen Kosteneinsparungen zu erwarten sind.

Auf Hinweis des Oberbürgermeisters, dass Absatz 4 des Antrages als eigenständiger Antrag formuliert werden sollte, da ansonsten mit einer Gesamtablehnung des Antrages gerechnet werden muss, stimmt Stadtrat Westphal zu, diesen Punkt nicht zur Abstimmung zu bringen.

Der Verwaltungsausschuss **empfiehlt** mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat die Absätze 1 – 3 des Antrages A0037/04 in seiner Sitzung am 10. 06. 2004 zu beschließen.

5.1.1. Uni- und Hochschulstandort Magdeburg
Vorlage: S0117/04

5.2. Unterstützung einer Image-Kampagne für Kinder- und
Jugendfreizeiteinrichtungen in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0021/04

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Einbringer des Antrages, Sven Schirmacher, sowie weitere Vertreter des Jugendforums teil.

Unter Bezugnahme auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung verweist der Oberbürgermeister auf die darin enthaltenen Vorschläge für eine Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und verschiedenen Trägern und Vereinen der Kinder- und Jugendarbeit.

Der Einbringer des Antrages, Sven Schirmacher, informiert die Mitglieder des Verwaltungsausschusses über Maßnahmen des Jugendforums hinsichtlich der Durchführung einer Image-Kampagne.

Der Verwaltungsausschuss **empfiehlt** mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0021/04 in seiner Sitzung am 10. 06. 2004 zu beschließen.

5.2.1. Unterstützung einer Image-Kampagne für Kinder- und
Jugendfreizeiteinrichtungen in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0090/04

5.3. Änderung der Ausschussstruktur - Neufassung der Hauptsatzung
und der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0041/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadträtin Paasch, SPD-Fraktion, gibt den Hinweis, dass zu dieser Problematik in den Fraktionen noch Gespräche geführt werden und hält es für verfrüht, eine Abstimmung zum Antrag herbeizuführen.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, spricht sich ebenfalls gegen eine heutige Abstimmung aus und verweist auf die noch nicht vollständig vorliegenden Ergebnisse aus den einzelnen Ausschussberatungen.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, informiert über ein interfraktionelles Gespräch (CDU, SPD, PDS) zur Thematik. Hierbei wurde eine Verständigung dahingehend vorgenommen, einen interfraktionellen Antrag zu erarbeiten, bei dem alle Ausschussvoten Berücksichtigung finden.

Er informiert im Weiteren über die getroffene Vereinbarung, im Ergebnis der Beratung der einzelnen Fraktionen eine Einigung zur endgültigen Ausschussstruktur zu finden. Hierzu gibt es bereits das Einverständnis der PDS- sowie der SPD-Fraktion. Seitens der CDU-Fraktion steht eine klare Aussage noch aus. Er spricht sich für eine Behandlung des Antrages im Stadtrat am 10. 06. 2004 aus.

Stadtrat Kramer, FDP-Fraktion, stimmt vom Grundsatz her einer interfraktionellen Lösung zu und erklärt die Bereitschaft seiner Fraktion zur Mitarbeit.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist in seinen Ausführungen auf die Notwendigkeit der Beteiligung der Verwaltung, da es eine enge Wechselwirkung zwischen den Ausschussstrukturen und der Verwaltung gibt. Es sei wenig hilfreich, wenn sowohl Verwaltung als auch die Fraktionen an einer Veränderung der Ausschussstrukturen arbeiten, die Ergebnisse aber nicht harmonisieren. Er empfiehlt als Arbeitsgremium die bestehende Unterarbeitsgruppe „Hauptsatzung/Geschäftsordnung“ des Verwaltungsausschusses. Dies hat sich in der Vergangenheit bewährt.

Ergänzend verweist der Oberbürgermeister auf die Information I0129/04 der Verwaltung bzgl. Vorstellungen zur Einführung eines zentralen Sitzungsdienstes und bezeichnet u.a. den in dieser Information aufgeführten Städtevergleich als hilfreich für eine Entscheidungsfindung.

Stadtrat Westphal, Grüne/future, ist der grundsätzlichen Auffassung, keine Beschlussfassung zum Antrag vor der Konstituierung des neuen Stadtrates vorzunehmen.

Im Ergebnis der Diskussion wird die Behandlung des Antrages **vertagt**.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzende/r

Andrea Behne
Schriftführer/in